

«Wer pflegt unsere Landschaft, wenn es keine Bauern mehr gibt?»

Der deutsche Bundestagsabgeordnete Harald Ebner warnt vor dem Freihandelsabkommen mit den USA.

Mit Harald Ebner sprach Philipp Loser

In Europa gehen die Menschen gegen TTIP, das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, auf die Strasse. In der Schweiz weiss kaum jemand, um was es bei TTIP überhaupt geht. Die Grünen wollen das ändern. In der Sommersession werden sie die Auswirkungen des Abkommens thematisieren. Unterstützung erhalten sie vom grünen Bundestagsabgeordneten Harald Ebner, einem der führenden Köpfe beim TTIP-Widerstand und diese Woche zu Besuch bei den Grünen in der Schweiz.

Verwundert es Sie, dass die Verhandlungen zu TTIP in der Schweiz kaum beachtet werden?

Nein, weil es gut erklärbar ist. TTIP wird verhandelt zwischen der EU und den USA, unmittelbar ist man hier in der Schweiz scheinbar nicht betroffen.

Sie sagen scheinbar.

Eines der Argumente der TTIP-Befürworter ist ja, dass mit dem Abkommen ein derart grosser Binnenmarkt geschaffen würde, dass der Welthandel nicht mehr an den Bedingungen dieses Marktes vorbeikommen würde. Ob das stimmt oder nicht: Hier entsteht etwas von Relevanz für alle Nachbarregionen, speziell für die Schweiz, die besonders eng an die EU angelehnt ist.

Vor allem für die Bauern dürfte es schwierig werden. Sie befürchten, dass TTIP kleine Bauernbetriebe vernichten würde. Warum?

Wenn Sie zwei Märkte gegeneinander öffnen, haben die grossen Unternehmen alle Vorteile. Der durchschnittliche deutsche Bauernbetrieb ist gerade einmal ein Drittel so gross wie der durchschnittliche amerikanische Betrieb. Bei uns sind in der Milchproduktion Höfe mit 80 bis 100 Tieren dominant, in den USA sind 1000er- und 2000er-Betriebe gang und gäbe. Besonders extrem ist es in der Fleischproduktion: 2 Prozent der amerikanischen Betriebe bestreiten 50 Prozent der gesamten Produktion. Dass wir hier nicht konkurrenzfähig sind, ist offensichtlich.

Und dieser Unterschied reicht, um einen ganzen Produktionszweig zum Verschwinden zu bringen?

Das steht zu befürchten. Eine Studie der IFO, einem wirtschaftsnahen Institut, hat kürzlich die Auswirkungen von TTIP auf die einzelnen Branchen untersucht. Die Studie errechnet ein grundsätzliches Wachstum von 0,5 Prozent für die nächsten zehn Jahre. Die europäische Landwirtschaft mit minus 0,5 Prozent und insbesondere die deutsche Landwirtschaft würde aber zu den Verlierern des Abkommens gehören. Das betraf insbesondere die auf Qualitätsprodukte setzenden Betriebe. Auch die Umweltanforderungen oder die Tierschutzstandards unterscheiden sich erheblich.



Chlorhühner und gentechnisch veränderte Pflanzen als Symbole: Demonstration von TTIP-Gegnern in München. Foto: Reuters

«Es ist ein Kampf zwischen der Zivilgesellschaft und multinationalen Unternehmen.»

Die deutsche Regierung bekräftigt, dass man bei TTIP an europäischen Produktionsstandards festhält.

Ja, das ist der erste Glaubenssatz bei den Verhandlungen. Aber er stimmt nicht. Der deutsche Agrarminister Christian Schmidt (CSU) hat in einem Interview kürzlich gesagt, wenn man die Chancen des US-Marktes nutzen möchte, könne man künftig nicht mehr jede Salami und jede Wurst schützen. Das ist ziemlich entlarvend. Und entspricht auch der Haltung in den USA: Ohne nennenswerte Zugeständnisse auf dem Agrarmarkt, bei der Hormonbehandlung von Rindfleisch, den Chlorhühnern und der Gentechnik, wird es kein Ja der USA zu TTIP geben.

Das Abkommen wäre schwierig für die Bauern, kein Abkommen hingegen wäre desaströs für die Autoindustrie, den grössten Arbeitgeber in Deutschland. Ohne TTIP werden diese Stellen doch einfach ausgelagert.

Das ist das vordergründige Dilemma, in dem wir stecken. Ohne Zugeständnisse in der Landwirtschaft werden die Amerikaner keine Zugeständnisse für die Auto-

industrie machen. Können wir das eine gegen das andere aufwiegen? Nein. Keine Gesellschaft dieser Welt kann es sich leisten, die Primärproduktion aus dem Blick zu lassen. Die landwirtschaftliche Produktion ist die Basis jeder Gesellschaft. Das wird leider zu oft vergessen. Zudem sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und den USA heute schon sehr intensiv. Wenn Arbeitsplätze in der Autoindustrie verloren gehen, dann eher, wenn Entwicklung auf Tricksoftware statt Innovation gerichtet ist.

Das ist dem Automonteur in Stuttgart nur schwer zu vermitteln.

Nein. Auch die wollen etwas Gutes essen, wollen eine schöne Landschaft. Wir müssen als Gesellschaft erkennen, was auf dem Spiel steht. Wer soll denn unsere Kulturlandschaft bewirtschaften, wenn es keine Bauern mehr gibt?

Wenn Sie den Autobauer fragen, ob er sein Steak hormonfrei essen oder seinen Job behalten will, dürfte die Antwort deutlich ausfallen.

Es ist unzulässig, ihn vor diese Entscheidung zu stellen. Es geht um viel mehr als um hormonversetztes Rindfleisch. TTIP dringt in unseren Ernährungsbereich ein und unterwirft sämtliche sozialen und ökonomischen Bedenken der Prämisse der Handelsfreiheit.

Sie fordern Neuverhandlungen unter Berücksichtigung dieser Standards. Ist das nicht etwas naiv?

Ich denke nicht. Es gibt eine breite europäische Debatte, die sich nun zuspitzt. Auch in den USA gibt es eine Bewegung gegen TTIP. Und: Die Verhandlungen sind in so vielen Bereichen festgefahren, dass sie auf der Kippe stehen.

Wie viel Kritik von links am TTIP ist einfach Antiamerikanismus?

Ein kleiner Teil. Es geht hier nicht um einen Kampf zwischen Europa und den USA. Sondern um einen zwischen der Zivilgesellschaft und multinationalen Unternehmen. Diese sitzen auf beiden Seiten des Atlantiks. Firmen wie Bayer, Monsanto oder BASF können ihre Interessen in die Verhandlungen einbringen, die Zivilgesellschaft hat es da sehr schwer, ihre mühsam erkämpften Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz zu verteidigen.

Was wäre die Alternative zu TTIP?

Wir müssen wieder mehr Richtung multilaterale Abkommen mit verschiedenen Ländern gehen. Da ist die Chance auf einen Interessenausgleich viel höher.



Harald Ebner
Der Diplom-Agraringenieur aus Baden-Württemberg ist seit 2011 Mitglied des Deutschen Bundestags in der Fraktion der Grünen.

Bundesrat verurteilt «Therapien gegen Homosexualität»

Nach Ansicht des Bundesrats sind «Therapien gegen Homosexualität» wirkungslos und mit grossem Leid für Kinder und Jugendliche verbunden. Er hält es aber weder für möglich noch für notwendig, die Betroffenen speziell davor zu schützen. Dies schreibt die Regierung in einer gestern publizierten Antwort auf einen Vorstoss von Rosmarie Quadanti (BDP, ZH).

Ob die Durchführung solcher Therapien einen Straftatbestand darstelle, müsse im Einzelfall von einem Gericht beurteilt werden, schreibt der Bundesrat. Er verweist auch auf die verschiedenen Beratungs- und Hilfsangebote, die vom Bund unterstützt werden. Der Bundesrat nennt in der Antwort zwar keine Organisationen oder Personen, die «Therapien gegen Homosexualität» bei Minderjährigen durchführen. Er geht aber davon aus, dass diese insbesondere von selbst ernannten «Heilern» angeboten werden.

Psychologinnen und Psychologen würden mit «Therapien zur Heilung von Homosexualität» ihre Berufspflicht verletzen, was von den kantonalen Aufsichtsbehörden mit Sanktionen belegt würde. Für die Durchsetzung der Berufsethik in der kirchlichen Seelsorge seien die Kirchen zuständig. Er erinnert daran, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor psychisch oder physisch schädlichen Behandlungen zu den Kernaufgaben der Gesellschaft gehöre. Jede Person könne der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde über die Gefährdung Minderjähriger Meldung erstatten. (SDA)

Nachrichten

Olympische Spiele Wallis/Waadt und Graubünden wollen die Winterspiele 2026

Wirtschaftsvertreter der Kantone Wallis und Waadt wollen die Olympischen Winterspiele 2026 in die Westschweiz holen. Der Austragungsort ist noch offen. Alle Westschweizer Kantone und Bern sollen sich an den Winterspielen beteiligen. Die Westschweizer Kandidatur muss sich allerdings einem gewichtigen Konkurrenten stellen: Auch Graubünden plant eine Kandidatur, die als Austragungsorte auch Zürich, Engelberg und Einsiedeln vorsieht. Beide Projekte wurden gestern vorgestellt. (SDA)

Tierschutz Kinder sollen beim Angeln weiterhin Fische töten dürfen

Der Schweizerische Fischerei-Verband will weiterhin kein Mindestalter für Angler. Kinder sollen Fische weiterhin töten dürfen, wenn sie einen Kurs zum tierschutzgerechten Umgang mit Fischen besucht haben. Die Forderungen des Schweizer Tierschutzes, Kindern das Töten von Fischen zu verbieten und ein Mindestalter einzuführen, hatten letztes Jahr medial hohe Welle geworfen. (SDA)

Bundesgericht I Einzonung ist ohne Kompensation nicht zulässig

Die Gemeinde Orbe VD darf nicht wie vorgesehen 42 000 Quadratmeter Land einzonen, ohne eine gleich grosse Fläche auszuzonen. Dies hat das Bundesgericht entschieden und damit das erste Mal über einen Fall zum Moratorium über die Ausweitung von Bauzonen befunden. Die Einzonung in der Gemeinde Orbe ohne eine entsprechende Kompensation war von den kantonalen Behörden genehmigt worden. (SDA)

Bundesgericht II Suva darf Leistungen an Freerider kürzen

Die Suva durfte die Leistungen für einen Mann kürzen, der sich beim Strassenrollen einen mehrfachen Beinbruch zugezogen hatte. Das Bundesgericht hat den Entscheid der Versicherung bestätigt, weil der Mann ein Risiko eingegangen war: Er hatte 2013 an einem Freeride-Festival von einem Freund einen besonders schnellen «Schlitten» ausgeliehen, den er zuvor nie benützt hatte. In einer Kurve verlor er die Kontrolle über das Gerät und verunfallte. (SDA)

Weitere Verzögerungen beim Gripen-Kampffjet

Der Gripen-E-Jet sei ab 2018 lieferbar, sagte der Bundesrat, als er 2012 dessen Kauf vorschlug. Nun zeigt sich: Das Flugzeug kann nicht vor 2023 ausgeliefert werden.

Daniel Foppa

Als «Papierflugzeug» bezeichneten Kritiker den schwedischen Kampffjet Gripen E, über dessen Beschaffung die Schweiz 2014 abstimmte. Tatsächlich war das Modell damals noch nicht fertig entwickelt. Dennoch schlugen Bundesrat und Parlament den Kauf von 22 Jets zum Preis von insgesamt 3,1 Milliarden Franken vor. In der Botschaft von 2012 hatte der Bundesrat festgehalten: «Gemäss der Offerte der schwedischen Re-

gierung wird das erste Gripen-E-Flugzeug Mitte 2018 für die Abnahme bereitgestellt. Der Abschluss der Lieferungen ist für 2021 geplant.»

Bereits dieser Plan wies gegenüber der ursprünglichen Offerte eine Verzögerung von vier Jahren auf. Denn 2011 hatte Flugzeugbauer Saab den Erstflug für Dezember 2014 angekündigt. Die Beschaffung scheiterte schliesslich am 18. Mai 2014 an der Urne: 53,4 Prozent stimmten gegen den Gripen.

Schwedische Bedürfnisse

Trotz des Neins aus der Schweiz bauen die Schweden den Jet für ihre eigene Luftwaffe. Doch der Lieferplan ist erneut ins Stocken geraten. «Die schwedische Luftwaffe plant mit einer ersten Auslieferung des Gripen E für 2023», sagt Luftwaffenchef Mats Helgesson in der aktuellen Ausgabe der Fachzeit-

schrift «European Security & Defence Spotlight». Bis das Flugzeug voll einsatzbereit und mit allen Spezifikationen ausgerüstet sei, wird es laut Helgesson sogar bis 2027 dauern. Saab erklärt auf Anfrage die weitere Verzögerung damit, dass man nach dem Schweizer Nein die Jets ganz auf die schwedischen Bedürfnisse ausrichte. Das führe zum Auslieferungstermin 2023.

«Diese erneute Verzögerung überrascht mich nicht», sagt SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Der ehemalige Kampffjetpilot hat als Präsident einer Subkommission die Gripen-Evaluation durchleuchtet. Laut ihm hängt die Verzögerung auch damit zusammen, dass die bestellten Stückzahlen des Jets immer wieder nach unten angepasst werden mussten. «Ein Kampfflugzeug kann nur erfolgreich sein, wenn es in genügender Stückzahl verkauft wird», sagt Hurter. Die

Schweiz dürfe deshalb nur einen Jet kaufen, der erprobt und auf dem Markt sei: «Wir müssen die finanziellen und technischen Risiken möglichst reduzieren.»

Ungeachtet der Verzögerungen hat sich Saab bereits in Position gebracht, um auch bei der nächsten Kampffjet-Evaluation mitbieten zu können. So hat der schwedische Konzern mit dem Schweizer Drohnenbauer UMS ein Joint Venture gegründet. Leiter ist Ex-Rüstungschef Jakob Baumann - mit besten Kontakten ins Verteidigungsdepartement.

Eine Expertengruppe und ein politisches Begleitgremium haben derweil mit den Vorbereitungsarbeiten für die neue Kampffjet-Evaluation begonnen. Diese soll 2017 beginnen. Der Typentscheid ist für 2020 geplant. Ab 2025 sollen die neuen Flugzeuge geliefert werden. Aller Voraussicht nach dürfte bis dann auch der Gripen E in der Luft sein.